



«**Mehrwert für alle**»

Änderung des Steuergesetzes - neuntes Revisionspaket

Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission
vom 30. April 2025

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Staatswirtschaftskommission (Stawiko) hat die Vorlage Nr. 3835.2 - 17916 an der Sitzung vom 30. April 2025 beraten. Zwei Stawiko-Mitglieder sind auch Mitglieder der vorberatenden Kommission. Finanzdirektor Heinz Tännler vertrat die Meinung des Regierungsrats. Das Protokoll führte Peter Berchtold, Stawiko-Sekretär. Wir gliedern unseren Bericht wie folgt:

1. Ausgangslage
2. Eintretensdebatte
3. Detailberatung
4. Schlussabstimmungen
5. Anträge

1. Ausgangslage

Der Regierungsrat beantragt mit der neunten Teilrevision des Steuergesetzes im Rahmen des Programms «Mehrwert für alle» Anpassungen in verschiedenen Bereichen:

- Befristete Senkung des Kantonssteuerfusses: Der Kantonssteuerfuss soll für die Jahre 2026 bis 2029 von 82 Prozent auf 78 Prozent gesenkt werden;
- Steuerliche Abbildung der gestiegener Krankenkassenprämien: Um die Belastungen durch höhere Krankenkassenprämien abzufedern, sollen die steuerlichen Abzüge angepasst werden;
- Steuerliche Entlastung für Rentnerinnen und Rentner: Die Abzugsmöglichkeiten für Rentnerinnen und Rentner in bescheidenen finanziellen Verhältnissen bis in den Mittelstand hinein, sollen erhöht werden, um deren Belastung durch steigende Lebenshaltungskosten abzufedern.

Der Kanton wird weiter im Rahmen einer separaten Vorlage substanzielle Mittel für die Spezialfinanzierungen Abwasserent- sowie Trink- und Brauchwasserversorgung der Gemeinden zur Verfügung stellen. So soll die Erneuerung und der Betrieb der Abwasserinfrastruktur und der Ausbau der Trinkwasserversorgungsanlagen von regionaler Bedeutung zeitgerecht gedeckt werden, damit auch ökologisch sinnvolle Arbeiten nicht aufgeschoben werden müssen. Die Vorlage wird dem Kantonsrat nach der Vornahme weiterer Abklärungen separat zum Beschluss unterbreitet werden.

Die steuerlichen Mindererträge des Kantons für die Jahre 2026 bis 2030 durch die befristete Senkung des Kantonssteuerfusses betragen insgesamt 224 Millionen Franken (128 Millionen Franken bei den natürlichen Personen und 96 Millionen Franken bei den juristischen Personen). Die steuerliche Abbildung gestiegener Krankenkassenprämien führen für den Kanton zu jährlichen steuerlichen Mindererträgen von rund 6,5 Millionen Franken bei den Kantonssteuern. Die jährlichen steuerlichen Mindererträge durch die Entlastung für Rentnerinnen und Rentner betragen für den Kanton rund 2,6 Millionen Franken.

Die vorberatende Kommission beschloss gemäss ihrem Bericht Nr. 3835.3 - 18106 mit 11 : 4 Stimmen auf die Änderung des Steuergesetzes einzutreten. Sie beantragt mit 10 : 5 Stimmen, dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen.

2. Eintretensdebatte

Es wird der Antrag gestellt, nicht auf diese Vorlage einzutreten. Kein anderer Kanton in der Schweiz habe tiefere Steuern als der Kanton Zug, man sei bereits an der Spitze und setze mit dieser Vorlage noch «einen obendrauf». Für die Zuger Bevölkerung habe dies negative Auswirkungen. Der Zusammenhang zwischen Mietpreisen und Steuerattraktivität müsse in den künftigen Debatten anerkannt werden. Natürlich gebe es auch andere Gründe, aber empirische Untersuchungen (zum Beispiel Erhebungen des Bundesamts für Wohnungswesen) würden den Zusammenhang zeigen. Für die Bevölkerung seien höhere Steuern nicht das Hauptproblem. Zur Hauptsorge der Bevölkerung würden die hohen Wohnkosten gehören, was auch eine Umfrage der Zuger Wirtschaftskammer gezeigt habe. Es sei falsch, die Steuern weiter zu senken, während Lösungen zur Wohnungsproblematik noch nicht in Sicht seien. Ein Drittel der Entlastung aus dieser Vorlage würde zugunsten von Personen mit mehr als einer Million Franken Einkommen gehen. Massnahmen wie ein höherer Kantonsanteil an den stationären Spitalbehandlungen – seien wirkungsvoller.

Dem wird entgegengehalten, dass in der ganzen Schweiz eine Wohnungsproblematik bestünde. Grund dafür sei unter anderem die damalige Revision des Raumplanungsgesetzes, welche keine Einzonungen mehr zulassen würde. Daher würde man versuchen, verdichtet zu bauen. Dies sei aber sehr kompliziert, da vielfach Einsprachen die Umsetzungen verhindern würden. Zugleich nehme die Zuwanderung in der gesamten Schweiz zu. Der Kanton Zug sei nicht wegen der tiefen Steuern attraktiv, sondern aufgrund der sehr guten Rahmenbedingungen, welche der Bevölkerung angeboten würden. So seien die sehr guten Verbindungen im öffentlichen Verkehr, die im Vergleich zu anderen Kantonen sehr guten Bildungsangebote oder die grosszügige Unterstützung der Kinderbetreuungsangebote Gründe für einen Zuzug. Es könnten viele weitere Punkte aufgezählt werden. Die Steuern seien ein Grund unter vielen anderen wichtigen Gründen. Das Gesamtpaket, welches der Kanton Zug der Bevölkerung biete, gäbe es in keinem anderen Kanton. Zudem seien weitere Massnahmen zugunsten der Bevölkerung bereits umgesetzt worden oder in Planung. Es dürfe nicht sein, dass die bereits beschlossene Massnahme zur Senkung der Krankenkassenprämien nun gegen die befristete Steuer-senkung ausgespielt werde.

→ Die Stawiko ist mit 6 : 1 Stimmen auf die Vorlage eingetreten.

3. Detailberatung

Die Detailberatung wird aufgrund der Synopse zum Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 22. Oktober 2024 geführt.

I.

§ 2 Abs. 2 und 2b: Kantonssteuerfuss

In § 2 Abs. 2b beantragt der Regierungsrat die Reduktion des Steuerfusses auf 78 Prozent der einfachen Steuer während den Steuerjahren 2026 bis 2029. Die vorberatende Kommission stimmte dieser Änderung zu.

Es wird die Frage gestellt, weshalb eine befristete Reduktion des Steuerfusses beziehungsweise weshalb nicht eine geringere Reduktion, welche unbefristet gelten würde, seitens des Regierungsrats vorgeschlagen wurde.

Finanzdirektor Heinz Tännler antwortet, dass mit der Teil-Erheblicherklärung der Motion der FDP-Fraktion betreffend gesetzliche Grundlage für einen Steuerrabatt im Kanton Zug an der Kantonsratssitzung vom 20. Februar 2025 die Befristung der Steuerfuss-Reduktion Sinn mache. Mit der gesetzlichen Grundlage für einen Steuerrabatt wäre – sofern die zu bestimmenden Parameter erfüllt seien – eine Diskussion zum Steuerfuss nicht mehr unbedingt notwendig. Eine entsprechende Vorlage sei in der Finanzdirektion in Erarbeitung. Zum Zeitpunkt der Beratung dieser Vorlage könne der Kantonsrat dann auch wieder Einfluss nehmen.

Es wird die Frage gestellt, ob § 2 Abs. 2a, welcher für die Jahre 2021 und 2023 gilt, gelöscht beziehungsweise mit dem neuen § 2 Abs. 2b ersetzt werden könnte.

Im Nachgang zur Sitzung beantwortete die Finanzdirektion diese Frage. § 2 Abs. 2a könne noch nicht gelöscht werden. Es bestünden in den betroffenen Steuerjahren 2021 bis 2023 noch offene Steuerfälle, welche noch nicht hätten veranlagt werden können. Würde § 2 Abs. 2a gelöscht werden, würde für diese Fälle die Rechtsgrundlage fehlen. Nach definitiver Veranlagung aller Fälle der Jahre 2021 bis 2023 könne dieser Absatz bei einer künftigen Revision des Steuergesetzes gelöscht werden.

Es wird der Antrag gestellt, den Steuerfuss für die Kantonssteuern unbefristet auf 78 Prozent zu senken. Damit müsste der gesetzliche Steuerfuss für die Kantonssteuer in § 2 Abs. 2 auf 78 Prozent geändert und § 2 Abs. 2b gestrichen werden. Falls dieser Antrag abgelehnt würde, sei mit Eventualantrag der Steuerfuss unbefristet auf 80 Prozent festzulegen (mit entsprechender Streichung von § 2 Abs. 2b).

Vor dem Hintergrund, dass viele Massnahmen zugunsten der Bevölkerung aufgrund der finanziellen Ausgangslage umgesetzt werden könnten, sei auch beim Steuerfuss ein klarer Schritt vorzunehmen. Somit würde der Bevölkerung und der Wirtschaft ein höherer Betrag zur eigenen Verfügung stehen. Eine Senkung sei vorzunehmen, weil auch die Umsetzung der gesetzlichen Grundlage für einen Steuerrabatt noch offen sei.

Dem wird entgegengehalten, dass mit der Teil-Erheblicherklärung der Motion der FDP-Fraktion davon auszugehen sei, dass die gesetzlichen Grundlagen für einen Steuerrabatt geschaffen würden. Zudem könne sich die finanzielle Lage – insbesondere mit Blick auf die geopolitische Lage – schnell wieder ändern. Dies habe sich in der Vergangenheit gezeigt. Es gelte zu berücksichtigen, dass im Moment genehmigte Investitionen von rund 1,5 Milliarden Franken bis im Jahr 2031 anstehen. Es wäre falsch, den bewährten Steuerfuss unbefristet zu verändern. Eine Diskussion über den Steuerfuss sei ohnehin jederzeit möglich.

Die Stawiko bereinigt die Anträge und stimmt in der folgenden Reihenfolge ab:

- ➔ Die Stawiko stimmt mit 4 : 2 Stimmen (bei einer kurzzeitigen Abwesenheit) gegen den Antrag, den Steuerfuss unbefristet auf 78 Prozent zu reduzieren.
- ➔ Die Stawiko stimmt mit 4 : 2 Stimmen (bei einer kurzzeitigen Abwesenheit) gegen den Eventualantrag, den Steuerfuss unbefristet auf 80 Prozent zu reduzieren.
- ➔ Die Stawiko stimmt mit 6 : 1 Stimmen für den Antrag des Regierungsrats, den Steuerfuss gemäss § 2 Abs. 2b befristet auf 78 Prozent zu reduzieren.

§ 30 Abs. 1 Bst. g: Versicherungsabzug

Der Regierungsrat schlägt vor, den Abzug für Krankenkassenprämien, weitere Versicherungen und Zinsen auf Sparkapitalien zu erhöhen. Der Antrag wird von der vorberatenden Kommission grossmehrheitlich unterstützt.

- Die Stawiko stimmt mit 6 : 1 Stimmen für den Antrag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission, den Abzug für Krankenkassenprämien, weitere Versicherungen und Zinsen auf Sparkapitalien gemäss beantragtem § 30 Abs. 1 Bst. g zu erhöhen.

§ 33 Abs. 1 Ziff. 3: Rentnerabzug

Der Regierungsrat schlägt vor, den AHV-/IV-Rentenabzug zu erhöhen. Der Antrag wird von der vorberatenden Kommission einstimmig unterstützt.

- Die Stawiko stimmt mit 6 : 1 Stimmen für den Antrag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission, den AHV-/IV-Rentenabzug gemäss beantragtem § 30 Abs. 1 Bst. g zu erhöhen.

4. Schlussabstimmungen**4.1. «Mehrwert für alle», Änderung des Steuergesetzes - neuntes Revisionspaket**

Die Stawiko beschliesst mit 6 Ja- zu 1 Nein-Stimmen, der Vorlage 3835.2 - 17916 zuzustimmen.

4.2. Motion von Flurin Grond, Philipp C. Brunner und Gregor Bruhin betreffend Stabilisierung der eigenverantwortlichen Altersvorsorge durch steuerliche Entlastung (Vorlage Nr. 3668.1 - 17575)

Die Stawiko stimmt dem Antrag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission mit 6 : 1 Stimmen zu, die Motion teilerheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

5. Anträge

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragt Ihnen die Stawiko, auf die Vorlage Nr. 3835.2 - 17916 einzutreten und ihr zuzustimmen.

Edlibach, 30. April 2025

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Namen der Staatswirtschaftskommission

Der Präsident: Tom Magnusson